

POLITISCHE ABTEILUNG I

Bern, 26. September 1991

p.B.75.74. - WOK/HSK

| | | | | | | | |
|-------|------|------|--|--|--|--|-----|
| an | PJF | DEJ | | | | | ala |
| Datum | 27.9 | 5.10 | | | | | |
| Visa | ✓ | bj | | | | | |

Notiz an das Integrationsbüro EDA/EVD

27. SEP. 91

Ref. E 3 75.77-118 050

EG-Beitritt, EFTA und politisches Umfeld

- Wir versuchen (unter 2.1. - 2.5.), verschiedene kürzliche Ereignisse in den vier (ohne Liechtenstein und Island) anderen EFTA-Ländern mit Bezug auf deren EG-Beitritt zusammenfassend zu analysieren, mit einer Schlussfolgerung für die Schweiz. In zweitem Teil der Notiz wird auf die "Ostpolitik" der EFTA eingegangen, unter besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Assoziationsinitiative, welche wir voll unterstützen.

Wir erlauben uns, an dieser Stelle eine Bitte im Sinne des wohlbekannten ceterum censeo zu formulieren: Die vorgängige Konsultation dieser Abteilung, zuständig für die Gesamtheit der schweizerischen Beziehungen zu unseren europäischen Integrationspartnern, bei der Ausarbeitung grundsätzlicher Positionen bzw. Papiere - kürzliche Beispiele: Erwähnte Assoziation der Osteuropäer an die EFTA; Diskussionspapier vom 18.9., in welchem die Gründe zusammengefasst werden, welche für den schweizerischen EG-Beitritt sprechen - sehen wir nicht als Frage formal(istisch)er Kompetenzzuweisung, sondern als Mittel zur Erarbeitung umfassender schweizerischer Standpunkte.

- Die Wahlen in Schweden und ihre Folgen

- 2.1. Die kürzlichen Wahlen in Schweden, wie auch immer die endgültige Form der Regierung aussehen wird, haben insgesamt eine klare Bestätigung der bisherigen Linie mit Bezug auf den EG-Beitritt gebracht: Möglichst schnell, ohne Neutralitätsvorbehalt, aber mit dem "understanding", dass Schweden

seine auf den militärischen Kern beschränkte Allianzfreiheit im Moment beibehält.

Ob eine bürgerliche Regierung noch dasselbe Engagement in den EWR-Verhandlungen an den Tag legen wird, wie die international darauf verpflichtete alte Regierung, muss zumindest offen gelassen werden.

- 2.2. Wohl kaum ganz zufällig hat sich unmittelbar nach der schwedischen Wahl auch **Finnland** klar geäußert: Das Beitritts-gesuch wird formell zwischen Januar und Frühling 1992 einge-reicht. Im Rahmen eines kürzlichen Kolloquiums in Genf über die Rolle der heutigen EG-Nichtmitglieder in der europäi-schen Architektur wurde von den finnischen Teilnehmern die Meinung vertreten, dass ihr Beitritts-gesuch wie das schwe-dische gestaltet sein werde, also ohne Neutralitätsvorbehalt aber mit dem erwähnten "understanding".
- 2.3. Der wirkliche Stellenwert des **österreichischen Neutralitä-tenvorbehaltes** im Beitritts-gesuch und die EG-Reaktion im avis wird eingehender zu analysieren sein. Interessant eine kürzliche Aeusserung von K. Zemanek (Universität Wien, eine Art österreichischer Bindschedler) gegenüber dem Unterzeich-nenden: Wir werden den Vorbehalt allein schon darum auf-rechterhalten, um uns klar von der BRD abzusetzen (und keine antipangermanistische Gefühle in der EG aufkommen zu lassen); im Kern reduzieren sich unsere Vorbehalte aber auf die schwedischen und finnischen.
- 2.4. Scheinbar gegenläufig allein **Norwegen** nach den Gemeindewah-len mit Aufwind für Europagegner. Indes halten wir es auch hier für keineswegs ausgeschlossen, dass der nordische Re-flex (also die Angst, von Schweden und den anderen abgekop-pelt zu werden) über die isolationistische Seite der norwe-gischen Volksseele triumphiert und sich Oslo, mit Aussicht auf einen positiven Ausgang einer Volksbefragung, im Laufe des Jahres 1992 dem ersten, EFTA-Schub der Beitrittskandi-daten formell anschliesst.

2.5. Die Konklusion für die **Schweiz** ist offensichtlich: Wenn wir es nicht schaffen, im erwähnten EFTA-Schub unterzukommen, bleiben wir mit einiger Wahrscheinlichkeit, gegebenenfalls gemeinsam mit Island und Liechtenstein, allein in den EFTA-/EWR - Ruinen zurück. Die entsprechende Passage in erwähntem Diskussionspapier vom 18.9. (S. 8) hätte u.E. auch deutlicher ausfallen können: Es besteht eine reale Aussicht, dass wir uns, ohne baldiges schweizerisches Beitritts-gesuch, resp. klare Absichtserklärung dazu, bereits Mitte 1992 als praktisch einziges europäisches Land ohne klare Beitrittsperspektive faktisch im Alleingang befinden, ob mit oder ohne EWR.

3. Wie erwähnt unterstützen wir die schweizerische Idee einer **Assoziation Ungarns, Polens und der CSFR mit den EFTAStaaten**, eine Idee, welche dieser Abteilung bekannt geworden ist durch die Kopie einer Notiz der Delegation Genf an Herrn Botschafter Krafft vom 19.9. (Nicht ganz ohne Ironie ist die Tatsache, dass die EFTA in ihrer Spätzeit doch noch zum ja oft bekämpften politischen Gehalt - eine Assoziation EFTA-Osteuropa ist auch eine politische Geste - findet.) Wir gehen davon aus, dass im Sinne schon öfters entwickelter schweizerischer Ideen und je nach Lebensdauer eines allfälligen EWR-Vertrages resp. der EFTA in ihrer heutigen Gestalt, der Assoziation der osteuropäischen Staaten eine EFTA- und dann EWR-Mitgliedschaft folgen könnte.

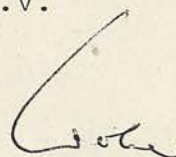
Dies wiederum führt zur Frage, ob ein institutionalisiertes Verhältnis EFTA-Osteuropa nicht auch zwischen EFTA und EG institutionalisiert erörtert werden müsste. In diesen Zusammenhang gehört der von Peter Balazs, Generaldirektor im ungarischen Aussenhandelsministerium, am erwähnten Genfer-Kolloquium geäußerte Wunsch nach einer EWR-koordinierten Aussenhandelspolitik gegenüber seinem Land. Das Gefäss zur ostpolitischen Koordination von EG und EFTA wäre gegebenenfalls mit dem im Rahmen EWR-Vertrag vorgesehenen **politischen Dialog** gegeben. Indes bliebe zumindest ein zeitliches Problem in jedem Fall bestehen, indem der Dialog über Ostpolitik

von der Sache her dringlich ist, formell aber im besten Fall erst nach dem Funktionieren eines EWR-Vertrages einsetzen könnte. Hierhin gehört die von dieser Abteilung bereits mehrmals aufgeworfene Frage nach einer allfälligen Vorwirkung der EWR-Vertragsbestimmungen über den politischen Dialog: Nicht nur mit Blick auf ostpolitische Fragen läge es wohl im Interesse der EFTA-Staaten, diesen Dialog möglichst bald, ab Paraphierung oder Unterzeichnung des EWRV aufnehmen zu können.

Offen bleibt natürlich, ob auch auf Seiten der EG ein Interesse zum institutionalisierten Ostpolitik-Dialog besteht. Die Ereignisse in jüngster Zeit (Unabhängigkeit der baltischen Republiken, Zersplitterung der UdSSR, Realisation des langen Weges mittel- und v.a. osteuropäischer Reformstaaten bis zur EG-Mitgliedschaft) scheinen immerhin den verschiedenen Formen der Annäherung an die EG erneutes Gewicht zu verleihen. Man könnte sich ein vermehrtes Interesse Brüssels vorstellen an der Konstruktion EWR als solche, als zukünftiges Gebilde vielleicht ohne EFTA-, aber mit osteuropäischen Mitgliedern.

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.V.



D. Woker

Kopie: - BAWI: - Botschafter Arioli
 - Osteuropa
 - Direktion für Völkerrecht
 - Politisches Sekretariat
 - JAC, SIN, JE, WOK, ORC, PR
 - Mission Brüssel, Delegation Genf
 - Botschaften Helsinki, Oslo, Stockholm, Wien, Prag,
 Budapest, Warschau